

Landesintegrationsrat



„MAXIMALE PROVOKATION“

Zum Umgang mit rechtspopulistischen
Wahlkampfinszenierungen im Vorfeld
der NRW-Landtagswahlen 2012

FORENA

**FORSCHUNGSSCHWERPUNKT RECHTSEXTREMISMUS / NEONAZISMUS
FACHHOCHSCHULE DÜSSELDORF**

Eine Handreichung des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus
der FH Düsseldorf im Auftrag des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen

Herausgeber

Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen

Helmholtzstr. 28, D-40215 Düsseldorf

E-Mail: info@landesintegrationsrat-nrw.de

Internet: www.landesintegrationsrat-nrw.de

Inhalt

Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus /

Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf

Gebäude 24.21 / Universitätsstr. 1, D-40225 Düsseldorf

Internet: <http://www.forena.de>

(Autoren: Alexander Häusler, Tomas Sager, Rainer Roeser)

Hinweis

Diese Schrift wird vom Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen kostenlos an Kommunale Integrationsräte, -ausschüsse und Multiplikatoren herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlkampfwerbung verwendet werden. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

INHALTSVERZEICHNIS

0. Vorwort	Seite 4
1. Die Populismusschraube – Mechanismen öffentlicher Inszenierungen von Rechtsaußen	Seite 6
2. Muslimfeindliche und rassistische Provokationen im NRW-Landtagswahlkampf 2012	Seite 8
3. PRO NRW: Protagonisten und Wahlziele einer extrem rechten Partei	Seite 12
4. Jenseits von Todschweigen und Dramatisieren – zum Umgang mit rechtspopulistischen Wahlkampfinszenierungen	Seite 23
5. Anhang	Seite 27

VORWORT

Der Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen möchte mit der vorliegenden Handreichung eine komprimierte und allgemeinverständliche Hilfestellung für den Umgang mit rechtspopulistischen Wahlkampfinszenierungen in der heißen Phase des Wahlkampfes zur Landtagswahl 2012 in NRW geben.

Konkreter Anlass hierzu ist die fremden- und muslimfeindliche Wahlkampagne von PRO NRW, die neben der NPD als zweite Partei der extremen Rechten zur Wahl antritt. Weil PRO NRW versucht, mit rechtspopulistischen Provokationen auf dem Ticket weit verbreiteter Muslimfeindlichkeit Aufmerksamkeit zu erreichen, ist eine öffentliche Positionierung dagegen notwendig. Konkret will diese extrem rechte Partei in zahlreichen Kommunen vor Moscheen rechte Propaganda betreiben und mit muslimfeindlichen Kampagnen mediale Aufmerksamkeit erzielen. Vielerorts herrscht Unsicherheit im Umgang mit diesen populistischen Inszenierungen:

- Einfach ignorieren oder besser dagegen öffentlich mobilisieren?
- Was ist das Ziel dieser Kampagnen und wer sind die Macher?

Hierzu haben wir den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus der Fachhochschule Düsseldorf gebeten, über die Hintergründe dieses muslimfeindlichen Rechtspopulismus in komprimierter und allgemeinverständlicher Form aufzuklären.

Das Ergebnis dieses Anliegens ist die vorliegende Handreichung, die zur Orientierung für kommunale Integrationsräte und -ausschüsse, zivilgesellschaftliche und kommunalpolitische Akteure sowie lokale Medien dienlich sein soll.

Die Merkmale von PRO NRW und ihrem politischen Umfeld, ihre Methodik, ihre politischen Hintergründe und ihr Netzwerk werden folgend komprimiert dargelegt. Zudem werden Handlungsanregungen für den Umgang mit rechtspopulistischen Kampagnen vor Ort in der Wahlkampfzeit angeboten.

Nicht zuletzt tragen auch die demokratischen Parteien und die Medien einen wichtigen Anteil zur Durchsetzungsfähigkeit oder Eindämmung rechtspopulistischer Kampagnen bei. Deshalb ist der Handreichung ein *Appell zur kommunalpolitischen Vorbeugung gegen rassistischen Populismus* angefügt worden, den wir schon vor den letzten Kommunalwahlen gemeinsam mit dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und weiteren Projektpartnern initiiert haben. Dieser Appell beinhaltet

zehn Handlungspunkte, um zu unterbinden, dass besonders in heißen Wahlkampfzeiten Stimmungsmache auf Kosten von Minderheiten und dem interkulturellen Frieden betrieben wird.

Deshalb ist es notwendig, über die Methodik rassistischer Stimmungsmache aufzuklären und sich eindeutig auf die Seite der Opfer rassistischer Diskriminierung zu stellen.

Hierzu soll diese Handreichung ein praxisorientierter und aktueller Beitrag sein.



Tayfun Keltok

Vorsitzender des

Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen

1. DIE POPULISMUSSCHRAUBE – MECHANISMEN ÖFFENTLICHER INSZENIERUNGEN VON RECHTSAUSSEN

Der Düsseldorfer Landtag hatte am 14. März seine Auflösung noch gar nicht beschlossen, da preschte der PRO NRW-Vorsitzende Markus Beisicht bereits vor: „Bei uns stehen die Zeichen auf Wahlkampf“, ließ er verlauten. Und auch wie der Wahlkampf angegangen werde, verriet er bereits an jenem Tag in einem Interview mit einem PRO NRW-nahen Internetblog¹: Er werde „auf maximale Provokation ausgelegt sein“. Man werde „bis an die Schmerzgrenze gehen, um unsere Anliegen zu verdeutlichen“. Punkten will die rechtspopulistische Partei insbesondere mit zwei Themen: der „Ablehnung der Islamisierung“ und mit der „Forderung nach einer starken D-Mark“.

Die PRO-Bewegung mit ihrer Ursprungsformation PRO Köln und ihren Exportmodellen PRO NRW und PRO Deutschland (PRO D) ist eine Wahlgruppierung der extremen Rechten, die – getarnt als „Bürgerbewegung“ – sich von der Domstadt Köln aus in NRW und darüber hinaus in ganz Deutschland ausgebreitet hat.

Erste Wahlerfolge erzielte diese neue Rechtsaußengruppierung bei den Kommunalwahlen 2004 in Köln, wo ihr der Einzug in den Rat der Stadt glückte. Bei den folgenden Kommunalwahlen 2009 konnte sie diesen Erfolg leicht ausbauen und sich zudem in weiteren Kommunen ausbreiten. Bei den letzten Landtagswahlen erreichte die Rechtsaußenpartei 1,4 Prozent an Wählerstimmen und erhielt dadurch die staatlichen Mittel zur Parteienfinanzierung. Diese Finanzmittel sind nun aufgrund der Neuwahl infrage gestellt, da die PRO-Bewegung hierfür erneut ein Prozent an Wählerstimmen erhalten muss. Auch weil diese Gelder für die Rechtsaußenpartei existenziell sind, versucht PRO NRW aktuell, mit provozierenden Kampagnen Aufmerksamkeit und mediale Resonanz zu erlangen, um dies in Wählerstimmen ummünzen zu können. Ziel dieser populistischen Inszenierungen ist es hierbei, auf dem Ticket weit verbreiteter Vorurteile gegenüber Muslimen mit antiislamischen Kampagnen Stimmungen unter rassistischen Vorzeichen zu erzeugen und in Wahlerfolge umzumünzen. Diese Gruppierung entstammt dem Lager der extrem rechten Parteienlandschaft

¹ <http://www.freiheitlich.me/?p=7217> und <http://nrwrex.wordpress.com/2012/03/14/nrw-%e2%80%9epro-droht-mit-%e2%80%9emaximaler-provokation/>

und ringt mit den anderen Rechtsaußenparteien um die Stammwählerwählerschaft dieses Lagers. Zugleich bemüht sich diese Gruppierung jedoch um das Eindringen in breitere Wählerschichten. Im Unterschied zu offen neonazistischen und demokratiefeindlichen Parteien wie der NPD bekleidet sich die PRO-Bewegung mit einer demokratischen Hülle: Populistische Forderungen nach „mehr Demokratie“ dienen dabei dem offenkundigen Bestreben, rassistische Kampagnen gegen Muslime als eine Form von „Meinungsfreiheit“ und Akt der „Verteidigung des christlichen Abendlandes“ zu verkaufen. Durch populistische Forderungen nach „Volksentscheiden“ gegen Minarette oder Unterschriftensammlungen gegen Moscheebauvorhaben wird Rassismus verpackt als demokratisches Mitbestimmungsangebot.

Zur Umsetzung dieser Vorhaben bedient sich diese Bewegung einer ritualisierten *öffentlichkeitsorientierten Eskalationsstrategie*: Konflikte werden mit rassistischer Stoßrichtung aggressiv geschürt, um Aufmerksamkeit und Gegenproteste hervorzurufen. Dies wird wiederum zum Anlass genommen, um sich als Opfer von angeblicher „Meinungsdiktatur“, „politischer Correctness“ und „linkem Gesinnungsterror“ zu inszenieren und erneut den Grad öffentlicher Konflikte zu verschärfen. Ein solches *Drehen an der populistischen Schraube* ist Ausdruck einer Eskalationsstrategie, die auf Steigerung der Konflikte ausgerichtet ist. Dies funktioniert nach dem Prinzip *rassistische Vorlage – mediale und zivilgesellschaftliche Reaktion – rassistische Antwort durch Inszenierung als Opfer – Ausweitung der Konfliktebene* im Sinne einer Fortsetzung auf ständig höherer Stufenleiter: Eine Ingangsetzung einer populistischen Eskalations-Schraube.

Einer solchen öffentlichkeitsorientierten Eskalationsstrategie ist dadurch zu begegnen, dass vielmehr den Hintergründen solcher Kampagnen und deren Protagonisten die nötige und kenntnisreiche Aufmerksamkeit geschenkt und deren Agitationsform demaskiert werden.

2. MUSLIMFEINDLICHE UND RASSISTISCHE PROVOKATIONEN IM NRW-LANDTAGSWAHLKAMPF 2012

Mit populistischen Kampagnen versuchen sowohl PRO NRW wie auch die NPD verstärkt, wahlpolitisch an Einfluss zu gewinnen. Gezielt werden dabei soziale und politische Probleme aufgegriffen und mit populistischen Kampagnen rassistisch besetzt. Dabei wird unsere multikulturelle Einwanderungsgesellschaft zum zentralen Feindbild stilisiert. Speziell Kampagnen gegen Moscheebau und Minarette werden dazu benutzt, um einen kulturreligiös aufgeladenen Rassismus gesellschaftsfähig zu machen.

PRO NRW agitiert mit Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und versucht, Debatten und Konflikte im interkulturellen Zusammenleben für eigene Wahlkampfzwecke zu instrumentalisieren. Diese Partei verknüpft die Glaubensfrage mit der Integrationspolitik und suggeriert eine Gefahr durch eine vermeintlich „fremde Kultur“: *Zugewanderte = Islam = Islamismus = Bedrohung* lautet dabei die rassistische Gleichsetzung von Rechts.

Über Wahlkampfplanung, -inhalte und Werbemittel hatte die PRO NRW-Spitze bereits bei einer „Funktionärskonferenz“ Mitte März in Gelsenkirchen informiert.² Mit drei Plakatmotiven zieht die selbst ernannte „Bürgerbewegung“ in den Wahlkampf.³ Mit landespolitischen Fragestellungen haben sie nichts zu tun. Ihre Aussagen sind entweder gänzlich inhaltsleer („Politiker quälen, PRO NRW wählen!“), zielen auf die Bundesebene beziehungsweise sogar die europäische Ebene („NRW wählt die D-Mark!“) oder sind typisch rechtspopulistisch („Freiheit statt Islam!“). „Zehntausendfach“ sollen die Plakate an die Laternen gehängt werden, zudem in „jeweils hunderttausendfacher Auflage“ Infopostkarten zu den einzelnen Plakatmotiven verteilt werden.⁴ In den „PRO-Hochburgen“ soll es zudem „ausgedehnte Infostandserien“ sowie Postwurfsendungen geben.

² <http://nrwrex.wordpress.com/2012/03/20/nrw-%e2%80%9epro-plant-im-wahlkampf-%e2%80%9etour-fur-die-freiheit/> und <http://www.pro-nrw.net/?p=7864>

³ In einigen Städten wurden zudem auch noch Plakate aus dem Landtagswahlkampf 2010 aufgehängt.

⁴ Zahlenangaben von „PRO NRW“ sind stets mit größter Vorsicht zu begegnen. Die Partei übertreibt für gewöhnlich Angaben zu Mitgliederzahlen, zum Materialaufwand oder zur Beteiligung an ihren Aktionen deutlich.

„Tour für die Freiheit“

Als „einen Wahlkampfhöhepunkt, den es so noch nie in Nordrhein-Westfalen gegeben hat“, stellte Beisicht bei der Gelsenkirchener „Funktionärskonferenz“ eine „Tour für die Freiheit“ vom 28. April bis 8. Mai vor: Sie werde „uns vor mehrere Dutzend umstrittene Moscheen und Islamisierungszentren im ganzen Bundesland führen“. Als einer der Organisatoren fungiert dabei der gerade erstinstanzlich wegen Beleidigung des Grünen-Politikers Volker Beck verurteilte stellvertretende PRO NRW-Vorsitzende Jörg Uckermann.⁵ Erwartet werden nach Angaben der extrem rechten Partei auch „prominente Gastredner“, wie zum Beispiel die FPÖ-Abgeordnete Susanne Winter und der Vlaams Belang-Politiker Filip Dewinter. Bei einem Parteitag seiner „Bürgerbewegung“ wenige Tage nach der Funktionärskonferenz ebenfalls in Gelsenkirchen spitzte Beisicht seine Aussage zum provokatorischen Charakter der „Freiheit statt Islam“-Tour noch einmal zu: In 25 Städten werde „direkt vor protzigen und umstrittenen Moscheen und Islamistenzentren eine politische Islamkritik ‘bis an die Schmerzgrenze’ vorgetragen werden“, erklärte er.

Als Stationen jener Tour werden genannt (Stand: 18. April)⁶:

- 28. April Essen, Gelsenkirchen
- 30. April Duisburg, Moers, Bottrop;
- 1. Mai Solingen, Remscheid, Bergisch Gladbach;
- 2. Mai Oberhausen, Herten, Hamm;
- 3. Mai Bochum, Dortmund, Unna;
- 4. Mai Mönchengladbach, Krefeld, Düsseldorf;
- 5. Mai Aachen, Bonn, Leverkusen;
- 7. Mai Bielefeld, Münster, Hagen;
- 8. Mai Düren, Köln.

Insbesondere bei den Veranstaltungen am 28. April, am 1. Mai sowie am 5. Mai dürfte man sich um größere Teilnehmerzahlen bemühen. Für den 1. Mai war zunächst Wuppertal als dritter Veranstaltungsort angekündigt. Er wurde mittlerweile durch Bergisch Gladbach ersetzt.

Anknüpfen will die extrem rechte Partei damit an jenen „Kreuzzug“ gegen den Islam, den der damalige PRO NRW-Förderer Patrik Brinkmann per Reisebus vor der Landtagswahl 2010 gestartet hatte. Rund 20 Stationen standen damals unter dem Motto

⁵ <http://www.ksta.de/html/artikel/1332173190882.shtml>

⁶ <http://www.pro-nrw.net/?p=8172>

„Abendland in Christenhand“ auf dem Programm. Diesmal sind unter dem Motto „Freiheit statt Islam“ mehr Anlaufplätze vorgesehen. Voraussichtlich soll eine vierköpfige Stammtruppe die Tour durchführen. An der Spitze stehen vermutlich der PRO-Köln-Stadtrat Jörg Uckermann sowie der „PRO Deutschland“-Bundesgeschäftsführer Lars Seidensticker. Proteste gegen die auf Provokation angelegte Tour sind einkalkuliert. PRO NRW spricht in diesem Zusammenhang antizipierend von einem „Aufschrei“ einer „Islam- und Einwanderungslobby“.

Karikaturenwettbewerb

Maximale Aufmerksamkeit für wenig Geld und ohne großen Personalaufwand: Diesem Motiv folgt auch eine zweite Aktion der angeblichen „Bürgerbewegung“ im Landtagswahlkampf. Sie rief im März – ebenfalls unter dem Motto „Freiheit statt Islam“ – zu einem „islamkritischen Karikaturenwettbewerb“ auf.⁷ Eingereicht werden können auch Filme, Collagen oder Installationen. Sie sollen sich in „kritischer Form mit dem Islam oder mit dem Diskussionsverbot über dieses Thema“ beschäftigen oder wie Uckermann sagt: mit einer „freiheitsfeindlichen Religionsgemeinschaft“. Offenbar auf den Streit über die dänischen Mohammed-Karikaturen anspielend, meinte er: „Wir haben erlebt, was eine Karikatur religiöser Inhalte für Auswirkungen hat.“ Auch hier: Durch Provokation zur Schlagzeilenproduktion, zunächst in den einschlägigen Netzwerken der Islamhasser, allen voran „Politically Incorrect“, später, wie erhofft, auch in seriösen Medien. Das lässt sich PRO NRW 450 Euro kosten: 200, 150 und 100 Euro waren zunächst für die ersten drei Plätze ausgelobt.

Um die provokatorische Wirkung noch zu steigern, kündigte PRO NRW Anfang April an, zusätzlich einen „Kurt Weestergard-Ehrenpreis“ vergeben zu wollen.⁸ Dotiert ist er mit 1.000 Euro. Während beim „Karikaturenwettbewerb“ nach Uckermanns Worten die „drei künstlerisch wertvollsten Einsendungen“ prämiert werden sollen, geht es beim „Weestergard-Ehrenpreis“ darum, die „mutigste islamkritische Karikatur“ auszuzeichnen. Der Preis solle zum Auftakt der Wahlkampftournee am 28. April in Essen „von dem mutigen Zeichner der weltberühmten Mohammed-Karikatur persönlich überreicht werden“, so Uckermann. Dass der dänische Karikaturist tatsächlich PRO NRW unterstützt, scheint freilich unwahrscheinlich. Man habe „bereits“ Kontakt mit „diesem modernen Helden der Kunst- und Meinungsfreiheit

⁷ <http://www.pro-nrw.net/?p=7991>

⁸ <http://www.pro-nrw.net/?p=8079>

aufgenommen“ und hoffe auf eine „baldige Zusage“, erklärte Uckermann in seiner Mitteilung lediglich. Von einer Zusage Weestergards war nicht die Rede. Gegen Kritik an ihren Provokationen versucht sich PRO NRW als Wahrer der Kunst- und Meinungsfreiheit zu gerieren. Sie dürfe, erklärte Uckermann „nicht aufgrund einer Appeasementpolitik gegenüber einer gefährlichen politisch-religiösen Ideologie eingeschränkt werden“.⁹

⁹ <http://www.pro-nrw.net/?p=8172>

3. PRO NRW: PROTAGONISTEN UND WAHLZIELE EINER EXTREM RECHTEN PARTEI

Wie zu erwarten tritt Beisicht selbst als „Spitzenkandidat“ seiner Partei auf. Bei dem außerordentlichen Parteitag der selbst ernannten „Bürgerbewegung“ im Schloss Horst in Gelsenkirchen wurde er Angaben der Partei zufolge bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung auf den ersten Platz der Landesliste gewählt.¹⁰ Insgesamt umfasst die Liste 28 Namen. Auf den Plätzen zwei bis fünf folgen PRO NRW-Vize Wolfgang Palm (Aachen), der PRO NRW-Generalsekretär Markus Wiener (Köln) sowie mit dem Gelsenkirchener Ratsmitglied Kevin Hauer und dem PRO Köln-Stadtrat Jörg Uckermann zwei weitere Stellvertreter von Beisicht. Bestplatzierte Frau ist erst auf Listenplatz zehn die „PRO Köln“-Fraktionsvorsitzende Judith Wolter. Insgesamt finden sich nur fünf Frauen auf der Landesliste. Namen von PRO NRW-Funktionären, die wegen ihrer Vergangenheit bei der NPD oder im NPD-Milieu auch in der eigenen Szene in die Kritik geraten sind, fehlen auf der Liste – abgesehen von Nico Ernst aus Bonn.¹¹

NPD-Überläufer

Fast scheint es so, als wolle man die Funktionäre der Partei mit NPD-Vergangenheit nicht in den Vordergrund schieben. Andre Hüsgen, für die NPD in den Stadtrat von Ennepetal gewählt und inzwischen „Motor“ bei PRO NRW im Bergischen Land, beschäftigt sich beispielsweise mit Organisatorischem und hält sich ansonsten öffentlich im Hintergrund. Ein zweites Beispiel ist Andreas Molau, der sich einst gar anschickte, NPD-Vorsitzender zu werden, und inzwischen PRO NRW-Vorstandsmitglied ist. Als „freiheitlich-konservative Partei“, so formuliert es Generalsekretär Wiener, will sich seine Partei präsentieren. Da ist es angeraten, einige Leute mit NPD-Vergangenheit nur in der zweiten Reihe agieren zu lassen.

Stattdessen werden andere Personen ins Rampenlicht geschoben. Zum Beispiel der Aachener PRO-Funktionär Wolfgang Palm. Zum stellvertretenden Landesvorsitzen-

¹⁰ <http://www.pro-nrw.net/?p=7905>

¹¹ <http://nrwex.wordpress.com/2012/03/21/nrw-beisicht-erwartungsgemas-%e2%80%9epro-spitzenkandidat/>

den hat man ihn vor einem Jahr gewählt. Nicht zuletzt dürfte sein Beruf einer der Gründe für diese Entscheidung gewesen sein: Kann eine Partei, deren Vize Polizeibeamter von Beruf ist, rechtsextremistisch sein? Dass er zuweilen rhetorisch ungenau auftritt, nimmt man der politischen Optik wegen in Kauf. Einer wie Palm soll die Partei offenkundig immunisieren gegen den Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit.

Protagonisten im Wahlkampf

Markus Beisicht

ist Vorsitzender der Bürgerbewegung PRO Köln und der Bürgerbewegung PRO NRW. Außerdem leitet der Leverkusener Rechtsanwalt die PRO-Bewegung, einen Verein, der sich als Dachorganisation bzw. Koordinationsgremium der nordrhein-westfälischen PRO-Formationen und der Partei Bürgerbewegung PRO Deutschland versteht. PRO Deutschland ist eine selbstständige Partei, die zuletzt bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin antrat. PRO NRW und PRO Deutschland sind in gewisser Weise in den letzten Jahren in Konkurrenz zueinander getreten. PRO NRW kritisiert, dass bereits wegen des Namens PRO Deutschland als Dachorganisation von PRO NRW erscheinen könnte. Beisicht ist unumstrittener Anführer und „Kopf“ von PRO NRW und PRO Köln. Früher war er bei den REPUBLIKANERN und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) aktiv. Ziel der DLVH war die Schaffung einer neuen extrem rechten Sammlungsbewegung. Ein Ziel, das Beisicht auch heute noch mit seinen Kooperationsangeboten an die Republikaner verfolgt.

Markus Wiener

ist stellvertretender Vorsitzender der Bürgerbewegung PRO Köln und Generalsekretär der Bürgerbewegung PRO NRW. Das frühere CSU-Mitglied gehört dem Kölner Stadtrat an und fungiert als Fraktionsgeschäftsführer von PRO Köln. An seinem Schreibtisch laufen die Fäden der PRO NRW-Organisation zusammen. Er ist unter anderem für die Vorbereitung von Parteitagen und Demonstrationen verantwortlich. Wiener, der von PRO Köln als Politikwissenschaftler vorgestellt wird, ist mit der PRO NRW-Schatzmeisterin und PRO Köln-Fraktionschefin Judith Wolter verheiratet. Wolter wiederum arbeitet als Rechtsanwältin in Beisichts Leverkusener Kanzlei.

Andreas Molau

ist seit März 2011 Mitglied des PRO NRW-Vorstands. Er war einst für die NPD-Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern tätig, zuletzt als Press-

sprecher von NPD-Fraktionschef Udo Pastörs in Schwerin. Zum Jahreswechsel 2008/2009 wurde er als Gegenkandidat von Udo Voigt bei der Neuwahl des NPD-Parteichefs gehandelt. Von dieser Kandidatur zog er sich aber zurück, als der radikalere neonazistische Flügel der Partei massiv Front gegen seine Person machte und er feststellen musste, dass sein Rückhalt in der Partei nicht sehr stark sein würde. 2009 arbeitete er für die „Deutsche Volksunion“ (DVU) im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Wenige Tage nach der Landtagswahl 2010 trat er PRO NRW bei. An seiner Person entzündeten sich in rechtspopulistischen Kreisen öfter Kontroversen: PRO NRW wird in Teilen der Szene wegen der Bereitschaft, ehemalige NPD- oder DVU-Mitglieder aufzunehmen und mit verantwortlichen Funktionen zu betrauen, kritisiert. Bei PRO NRW ist Molau für Teile der Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich. Er verfasst Texte für deren Internetseiten, mutmaßlich auch große Teile des Programms zur Landtagswahl und produziert Videos mit Interviews der PRO NRW-Spitzenfunktionäre oder von Veranstaltungen der Partei. Molau schreibt zudem Beiträge für das PRO NRW-nahe Internetblog „freiheitlich“. Die Internetseite kann zwar – was Zugriffe oder Kommentarfrequenz anbetrifft – nicht mit anderen antiislamischen und extrem rechten Blogs wie etwa „Politically Incorrect“ mithalten, ist aber für die Partei von Bedeutung, weil dort semiinterne Diskussionen geführt und Feindbilder produziert werden können, wie dies auf offiziellen Parteiseiten nicht möglich wäre.

Wolfgang Palm

ist seit dem Parteitag im März 2011 einer der stellvertretenden Vorsitzenden von PRO NRW. Er dient der Partei als bürgerliches Aushängeschild. Palm ist als Polizeihauptkommissar beschäftigt. Nicht zuletzt dank seines Berufs soll er PRO NRW gegenüber einem Rechtsextremismusvorwurf immunisieren. Seit einigen Monaten tritt er auch häufiger als Redner bei Demonstrationen der extrem rechten „Bürgerbewegung“ auf. Bei einer Demonstration in Köln-Kalk trug er demonstrativ eine Ausgabe des Grundgesetzes vor sich her. Vorgestellt wurde Palm von PRO NRW bei seiner Wahl als neuer Aachener Kreisvorsitzender im Sommer 2010 als „ehemaliger Funktionär der Schill-Partei“. Die Aachener Nachrichten berichteten, Palm sei 2002 maßgeblich mitverantwortlich für den Aufbau eines Aachener Kreisverbandes der rechtspopulistischen „Schill-Partei“ gewesen.

Jörg Uckermann

ist stellvertretender Vorsitzender von PRO NRW, Stadtratsmitglied in Köln und Präsident der „Kommunalpolitischen Vereinigung der PRO -Bewegung“. Bei der Neuwahl eines Oberbürgermeisters in Duisburg in diesem Sommer kandidiert er für die

„Bürgerbewegung“. Uckermann war früher Funktionär der CDU. Für die Union arbeitete er als stellvertretender Bezirksbürgermeister in Köln-Ehrenfeld. In der CDU lief gegen ihn ein Parteiausschlussverfahren, als er im Mai 2008 zu PRO Köln bzw. PRO NRW wechselte. Vorgeworfen wurde ihm seinerzeit die Manipulation parteiinterner Wahlen – ein Vorwurf, der bereits 2003 und 2005 laut geworden war. Als stellvertretender Bezirksbürgermeister in Köln-Ehrenfeld war er ein Vierteljahr zuvor abgewählt worden, seine Mitgliedsrechte in der CDU hatte er verloren. Uckermann wurde vor im März 2012 vom Amtsgericht Köln erstinstanzlich wegen einer Beleidigung verurteilt. Wie der Kölner Stadt-Anzeiger berichtete, soll Uckermann wegen der Beleidigung des grünen Bundestagsabgeordneten Volker Beck 2500 Euro zahlen. Der PRO NRW-Funktionär hatte Beck als „Gauleiter“ beschimpft. Der rechte Politiker sprach von „grüner SA“ und „Müsli-Nazi“. Zwei Urteile gegen Uckermann sind dem Stadt-Anzeiger-Bericht zufolge bereits rechtskräftig: 2009 war er wegen Körperverletzung verurteilt worden. Inzwischen sei auch eine Verurteilung wegen einer falschen eidesstattlichen Erklärung rechtswirksam. In einem noch laufenden Verfahren ist Uckermann wegen Betrugs, Urkundenfälschung, Geldwäsche und Begünstigung einer Straftat angeklagt. Uckermann ist einer der Organisatoren der „Freiheit statt Islam“-Tour und soll bei den diversen Veranstaltungen als Redner auftreten.

Andre Hüsgen

ist Mitarbeiter der Leverkusener PRO NRW-Ratsfraktion. Er koordiniert derzeit insbesondere den Aufbau von Parteistrukturen im Bergischen Land. Aber auch darüber hinaus ist er mit organisatorischen Details der Parteilarbeit betraut. Bei der „Kommunalpolitischen Vereinigung der PRO-Bewegung“ fungiert er als Geschäftsführer. Hüsgen gehörte früher den REPUBLIKANERN und anschließend der NPD an. Für die REPUBLIKANER war er als Kreisvorsitzender im Ennepe-Ruhr-Kreis und als Bezirksvertreter in Wuppertal-Oberbarmen aktiv. Bei der Kommunalwahl 2009 ließ er sich für die NPD in den Stadtrat von Ennepetal wählen. Im Dezember 2010 trat er PRO NRW bei. 2011 machte er laut einem Bericht der Westfälischen Rundschau¹² noch einmal wegen einer Verhandlung vor dem Amtsgericht Schwelm regional Schlagzeilen. In der Verhandlung wurde bekannt, dass Hüsgen im Zusammenhang mit einem Überfall von Neonazis auf eine Veranstaltung an der Gedenkstätte des

¹² Andre Eggert: Ex-NPD-Mann verlor gegen die Linken, Westfälische Rundschau Ennepetal, v. 14. März 2012

ehemaligen KZ Kemna in Wuppertal-Beyenburg im Jahr 2000 als Randfigur des Geschehens 2004 wegen versuchter Strafvereitelung verurteilt worden war.

Detlev Schwarz

ist PRO NRW-Kreisvorsitzender in Bonn, Mitglied des PRO NRW-Vorstands und häufig mit organisatorischen bzw. Wahlkampfaufgaben betraut. Dazu zählt auch die „Freiheit statt Islam“-Tour. Die Berliner Polizei leitet gegen ihn und einen führenden Funktionär des Berliner Landesverbandes von PRO Deutschland Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte ein.

Lars Seidensticker

ist Bundesgeschäftsführer und Berliner Landesvorsitzender der Bürgerbewegung PRO Deutschland. Seidensticker, einst DVU- und REPUBLIKANER-Mitglied, gehörte für die von ihm gegründete Gruppierung „Pro Hambühren – Liste Seidensticker“ dem Gemeinderat der niedersächsischen Ortschaft an. Er gehört zu den Vertretern von PRO Deutschland, die PRO NRW im Landtagswahlkampf unterstützen wollen. Neben Uckermann soll Seidensticker bei der „Freiheit statt Islam“-Tour als einer der Redner auftreten. In und um Berlin sowie in Polen machte er zuletzt Schlagzeilen, weil er inzwischen auch als Präsident eines „Eigentümergebietes Ost“ (EBO) fungiert. Hauptaufgabe des Vereins soll die „juristische Verwirklichung der Eigentumsansprüche der Heimatvertriebenen und deren Nachfahren“ sein. Der „Eigentümergebiet“ verlangt unter anderem „die Rückgabe des konfiszierten Privateigentums“ und die „Zahlung einer Nutzungsentschädigung durch die Vertreiberstaaten“. Er kündigte eine „Aufklärungskampagne in den Vertreiberstaaten“ an: „In millionenfacher Auflage werden ab April Flugblätter an polnische Haushalte verteilt, die über die polnischen Verbrechen an deutschen Zivilisten und die polnischen Verstöße gegen das Völkerrecht aufklären werden.“ Geplant sind auch Kundgebungen in polnischen Städten.

Inhaltliche Defizite

PRO NRW steht vor mehreren Problemen: politisch-inhaltlich, personell und finanziell. Auch wenn PRO NRW schon kurz nach der Entscheidung des Düsseldorfer Parlaments für vorgezogene Neuwahlen ein „Kurzwahlprogramm“¹³ vorgelegt hat: Zur Landespolitik hat man abgesehen von populistischen Parolen wenig beigetragen.

Für Beisicht stellt dies offenbar kein großes Problem dar: „Eine reine Protestwahl“ sei „jetzt notwendig“, erklärte er.¹⁴

Personelle Probleme

Nach wie vor leidet die Partei unter einer personellen Schwäche.¹⁵ Immer noch gibt es trotz aller Meldungen über vorgebliche Erfolge weite, vor allem, aber nicht nur ländliche Regionen in Südwestfalen, Ostwestfalen, dem nördlichen und zentralen Münsterland und am Niederrhein, wo die selbst ernannte „Bürgerbewegung“ faktisch nicht existent ist. Probleme hat sie auch in manchen städtischen Regionen des Ruhrgebiets, z.B. Essen, Mülheim, Bochum, Herne oder Oberhausen. Aber selbst in Dortmund, wo PRO NRW immerhin über ein Ratsmandat verfügt, ist von der Partei kaum etwas zu hören. Und die verstärkten Aktivitäten etwa in Wuppertal oder Remscheid werden zum großen Teil durch das Duo Andre Hüsgen/Claudia Gehrhardt getragen – der eine für die NPD in den Ennepetaler Stadtrat gewählt, die andere noch bei der Landtagswahl 2010 Wahlwerberin für die NPD. Die rasche Karriere beider bei PRO NRW sorgte selbst in rechtspopulistischen Kreisen für Verstimmung. Auf der anderen Seite musste PRO NRW 2011 den Abgang einiger nicht unwichtiger Mitglieder registrieren: darunter ein ehemaliger stellvertretender Vorsitzender, ein ehemaliger Kreisbeauftragter, ein ehemaliges Kölner Ratsmitglied, ein Sponsor aus Leverkusen, der bildungspolitische Sprecher und der umweltpolitische Sprecher. Die Serie der Austritte setzte sich in diesem Jahr fort: So verließ beispielsweise der bisherige Vorsitzende der PRO NRW-Jugendorganisation die Partei; er fungierte zugleich in Duisburg als Kreisvorsitzender.¹⁶ Auch ein Vorstandsmitglied des PRO NRW-Bezirksverbands Niederrhein schied Anfang April aus der Partei aus.¹⁷

Ende 2010 gehörten PRO NRW 916 Mitglieder an. Dies geht aus dem Rechenschaftsbericht der Partei hervor, den der Bundestag im März in einer Drucksache veröffentlichte.¹⁸ Dies sind zwar mehr als 2009 (offiziell 527), aber immer noch deutlich weniger als von der angeblichen „Bürgerbewegung“ selbst behauptet. Auf-

¹³ <http://www.pro-nrw.net/wp-content/uploads/Wahlprogramm.pdf>

¹⁴ <http://www.pro-nrw.net/?p=7956>

¹⁵ <http://nrwrex.wordpress.com/2011/12/31/nrw-der-%e2%80%9epro-general-und-sein-gutes-jahr/>

¹⁶ <http://nrwrex.wordpress.com/2012/04/12/du-bei-%e2%80%9epro-nrw-brockelt-es/>

¹⁷ <http://nrwrex.wordpress.com/2012/04/13/ne-bei-%e2%80%9epro-nrw-brockelt-es-weiter-nachster-abgang/>

¹⁸ <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/085/1708551.pdf>

fällig bei den Mitgliedsbeiträgen ist, dass im Jahr 2010 nur 500 Euro mehr als 2009 eingenommen wurden, obwohl die Mitgliederzahl dem Rechenschaftsbericht zufolge deutlich gestiegen sein soll. Folgt man den Angaben des Wirtschaftsprüfers, der das Zahlenwerk der Partei unter die Lupe nahm, lässt sich eine der möglichen Erklärungen für das geringe Beitragsaufkommen der Partei finden. Zu den 916 Mitgliedern zählen demnach 139 „Ehrenmitglieder“: „Hierbei handelt es sich um beitragsfrei gestellte Mitglieder, welche sich durch besondere Verdienste im Sinne der Partei ausgezeichnet haben“, schrieb der Wirtschaftsprüfer. Vorgeschlagen und ernannt würden jene „Ehrenmitglieder“, die immerhin 15 Prozent aller Mitglieder ausmachen, durch den Vorstand der Partei.

Finanzielle Probleme

Der Rechenschaftsbericht sowie der Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers ermöglichen einige Einblicke in das Innenleben der extrem rechten Partei.¹⁹ PRO NRW hat im Jahr 2010 ein Defizit von knapp 150.000 Euro erwirtschaftet. Auf der Einnahmeseite fielen die Mitgliedsbeiträge in Höhe von 33.935 Euro ins Gewicht (plus 504 Euro). Deutlich wichtiger für die Finanzierung der Parteiarbeit waren aber die Spenden von natürlichen Personen, deren Volumen von 55.459 Euro auf 100.837 Euro stieg. Darunter war auch eine Großspende: 20.000 Euro, die der in den letzten Jahren als Finanzier extrem rechter Parteien geltende Patrik Brinkmann PRO NRW zukommen ließ. Aus der staatlichen Parteienfinanzierung kassierte PRO NRW erstmals 88.890 Euro. Als „sonstige Einnahmen“ werden 50.050 Euro verzeichnet. Sie flossen offenbar überwiegend von der Partei des früheren PRO Köln-Stadtrats Manfred Rouhs, PRO Deutschland: 50.000 Euro für „die Überlassung von Logos, Markenrechten etc.“, wie es in den Erläuterungen zum Rechenschaftsbericht heißt. Insgesamt nahm die Partei demnach 2010 exakt 274.212,01 Euro ein (2009: 88.890,25 Euro).

Im Jahr der vorigen Landtagswahl verursachten die Wahlkämpfe mit 326.344 Euro erwartungsgemäß den größten Ausgabenblock. Zweitgrößter Posten war die „allgemeine politische Arbeit“ mit 81.019 Euro. Insgesamt weist die Partei auf der Ausgabenseite 423.326 Euro aus (2009: 92.365 Euro). Dies führt unterm Strich zu einem Defizit im Jahre 2010 in Höhe von 149.113,99 Euro. Verbindlichkeiten ge-

¹⁹ <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/pro-nrw-vor-der-pleite> und <http://nrwex.wordpress.com/2012/03/27/nrw-%e2%80%9epro-nrw-2010-tief-in-den-roten-zahlen-rechenschaftsbericht-veroeffentlicht/>

genüber Kreditinstituten hatte die extrem rechte Partei im Jahr 2010 nicht, allerdings solche „sonstige Darlehnsgebern“ gegenüber. Sie werden in dem Rechenschaftsbericht auf knapp 240.000 Euro beziffert (2009: 30.000 Euro). Das Reinvermögen der Partei stand mit knapp 150.000 Euro in den roten Zahlen.

In dem beigefügten Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers finden sich Formulierungen, die ungewöhnlich sind. Er wies explizit auf das „negative Reinvermögen und die angespannte Liquiditätslage hin“. Vor diesem Hintergrund formulierte er gar: „Ob eine Partei als Rechtsform sui generis bzw. eine ihrer Teilgliederungen insolvenzfähig ist, ist bisher rechtlich nicht abschließend geklärt.“ Zwar dürfte sich die Kassenlage im vorigen, wahlkampffreien Jahr etwas entspannt haben – dass die Partei aber finanziell wieder gesundet ist, steht nicht zu vermuten. Existenziell wichtig ist es aus Sicht von PRO NRW, dass die Partei mehr als ein Prozent erzielt und damit wieder an der staatlichen Parteienfinanzierung partizipieren kann.

Provokationen als Ausweg

Vor dem Hintergrund politisch-inhaltlicher Defizite, einer dünnen Personaldecke und einer zumindest angespannten Kassenlage bleibt der selbst ernannten „Bürgerbewegung“ im Landtagswahlkampf einzig die Möglichkeit, durch Provokationen den Sprung in die Medien zu schaffen. Man konzentrierte sich „jetzt weiter auf einen provokativen Wahlkampf, der die Schweigespirale durchbricht“, betonte Beisicht, als sich am 24. März rund 120 PRO NRW-Mitglieder und -Anhänger zunächst in Remscheid und danach (knapp 100 von ihnen) in Solingen zu einer Demonstration und einer Kundgebung trafen.²⁰ Ein paar Minuten im regionalen TV, einige Schlagzeilen in den lokalen Zeitungen stellen für eine Partei ohne viel Geld und Personal einen Erfolg dar. PRO NRW zeigte sich jedenfalls erfreut: „Zahlreiche Journalisten aus dem Print-, Radio- und Fernsbereich waren vor Ort. Neben den regionalen Tageszeitungen berichtete auch das WDR-Fernsehen und der WDR-Radio landesweit, ebenso wie große politische Internetblogs und deutschlandweite Medien des konservativ-freiheitlichen Spektrums.“²¹ (Fehler im Original.)

²⁰ <http://nrwrex.wordpress.com/2012/03/28/nrw-provokation-ersetzt-partiebasis/>

²¹ <http://www.pro-nrw.net/?p=7948>

Wahlziele

1,4 Prozent der Stimmen erreichte PRO NRW bei der Landtagswahl 2010. Generalsekretär Markus Wiener hält das für ausbaufähig: „PRO NRW wird zum Sturm ansetzen auf den NRW-Landtag“, rief er bei der als Wahlkampfauftakt angekündigten Doppeldemonstration in Remscheid und Solingen ins Mikrofon.²² Parteichef Beisicht zeigte sich dort „sicher, wenn wir so weitermachen wie heute, dann wird dieser Landtagswahlkampf für uns eine Erfolgsgeschichte werden“. Einschränkend formulierte er: „Ich kann euch nicht versprechen, dass wir den Düsseldorfer Landtag entern werden.“ Aber man werde „alles versuchen, um ihn zu entern“. Anfang April erklärte er: „Ein Wahlerfolg ist greifbar nah!“²³ Welches Ergebnis er als Erfolg werten würde, blieb offen: ein Prozent, um weiterhin in den Genuss der staatlichen Parteienfinanzierung zu gelangen; mehr als 1,4 Prozent und damit eine Verbesserung des Wahlergebnisses von 2010; drei Prozent oder mehr, um PRO NRW weiterhin als rechtspopulistisches Erfolgsmodell darstellen zu können?

Die „Welt am Sonntag“ schrieb dazu, mit einem „Billigwahlkampf“ versuche PRO NRW, die für die Parteienfinanzierung wichtige Wählerzustimmung zu erhalten. „Gelingt das der Partei bei der Landtagswahl im Mai nicht“, so heißt es in dem Bericht weiter, „stehen PRO NRW wirtschaftlich schwierige Zeiten bevor. Vor den Moscheen wird also weniger gegen den Islam demonstriert als für das eigene wirtschaftliche Überleben von PRO NRW.“²⁴

Abgesang verfrüht

Abgesänge auf die selbst ernannte „Bürgerbewegung“ wären allerdings verfrüht. Zum einen werden auf den Stimmzetteln am 13. Mai deutlich weniger (Klein-)Parteien als vor zwei Jahren stehen. So fehlen etwa die REPUBLIKANER, deren Wählerklientel sich mit dem von PRO NRW überschneidet. Und auch die rechtspopulistische Partei „Die Freiheit“, die eigentlich erstmals bei NRW-Landtagswahlen antreten wollte, hat die erforderlichen Unterstützungsunterschriften nicht sammeln können. Das Wahlergebnis von PRO NRW bleibt folglich potenziell ausbaufähig. Aber selbst wenn das Minimalziel der Partei von einem Prozentpunkt ver-

²² <http://nrwrex.wordpress.com/2012/03/25/rsg-%e2%80%9egrose-islamkritische-manifestation-fallt-eher-dunn-aus/>

²³ <http://www.pro-nrw.net/?p=8110>

²⁴ <http://www.welt.de/regionales/duesseldorf/article106140937/Freiheit-statt-Islam-als-Billigwahlkampf-Losung.html>

fehlt werden würde: Das Ende der Partei PRO NRW wäre nicht die zwingende Folge. Sie behielte ihre Basis in den Kommunalvertretungen beispielsweise in Köln, Leverkusen und Gelsenkirchen. Dort, vor allem in den Fraktionsbüros der Partei in jenen Städten, wurde und wird die Aufbauarbeit der selbst ernannten „Bürgerbewegung“ im Wesentlichen betrieben. Daran würde sich auch bei einem Misserfolg am 13. Mai nicht zwingend etwas ändern. Auch wenn es PRO-Chef Beisicht in einem solchen Fall schwer fallen dürfte, sein extrem rechtes Parteienmodell szeneeintern weiterhin als ein „Erfolgsmodell“ darzustellen.

Akute Probleme im Wahlkampf

Mit einer groß angelegten Durchsuchungsaktion gingen Polizei und Staatsanwaltschaft am 25. April gegen führende Köpfe des neonazistischen „Freundeskreises Rade“ vor. Die Staatsschutz-Gruppe „Im Fokus: Rechts“ der Kölner Polizei durchsuchte 20 Objekte in Radevormwald, Düsseldorf, Wuppertal und Essen, zudem das Fraktionsbüro von „pro NRW“ in Radevormwald.²⁵ In einer ersten Reaktion auf die Durchsuchungen wurde auf der Homepage von PRO NRW die Durchsuchung mit den Worten kommentiert: „Ein parteiloser Bruder eines PRO NRW-Mitglieds soll zeitweise Zugang zu den Fraktionsräumen gehabt haben und auf dem Fraktionscomputer illegal im Alleingang fragwürdige Demoaufrufe kopiert haben“.²⁶ Auch gegen ein örtliches PRO-NRW-Mitglied soll ein Ermittlungsverfahren anhängig sein. Ein derartiger Hinweis wenige Stunden nach der Durchsuchung deutet darauf hin, dass der Parteispitze Aktivitäten in ihren Fraktionsräumen, die in inhaltlicher Nähe zu den Aktivitäten des „Freundeskreises Rade“ stehen, durchaus bekannt sein könnten. Eine solche Nähe personifizieren der Fraktionsvorsitzenden des örtlichen PRO-NRW-Verbandes, Tobias Ronsdorf, und dessen Bruder, welcher aktiv im neonazistischen „Freundeskreis Rade“ ist. Offensichtlich über deren Kontakte wurden weitere Mitwirkende aus dem „Freundeskreis“ für die rechtspopulistische Partei aktiv: So war ein Aktivist des „Freundeskreises“ von PRO NRW als „sachkundiger Bürger“ für den Wahlausschuss gemeldet worden und ein weiterer neonazistischer Aktivist ebenso auf Initiative der Partei zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Soziales, Sport und Tourismus gewählt worden. Letzterer ist zudem als Aktivist der neonazistischen „Nationalen Sozialisten Wuppertal“ in Erscheinung getreten.

²⁵ <http://www.rp-online.de/bergisches-land/radevormwald/nachrichten/neonazis-hatten-ein-grosses-waffen-lager-1.2806768?ot=de.circit.rpo.PopupPagelayout.ot> v. 25.04.2012

²⁶ <http://www.pro-nrw.net/?p=8327> v. 25.04.2012

Zudem haben etliche weitere Aktivisten des neonazistischen „Freundeskreises Rade“ bei Ständen und Straßenaktionen von PRO NRW mitgewirkt, darunter auch ein weiterer Verhafteter im Kontext der Razzia. Im Kontext der Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft hinsichtlich jenes „Freundeskreises“ auf Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung, stellt sich zugleich die Frage, in welchem Maße Beziehungen zwischen den Aktivitäten der Neonazis und PRO NRW bestanden haben.

4. JENSEITS VON TOTSCHWEIGEN UND DRAMATISIEREN – ZUM UMGANG MIT RECHTSPOPULISTISCHEN WAHLKAMPFINSZENIERUNGEN

Mit populistischen Kampagnen wie „Freiheit statt Islam“, dem „Karikaturen-Wettbewerb“ oder Anti-Euro-Propaganda versucht PRO NRW, Medien und Öffentlichkeit für den Wahlkampf zu instrumentalisieren. Derartige Forderungen speisen sich aus der Propagandakiste des europäischen Rechtspopulismus. In vielen europäischen Ländern haben Rechtsaußenparteien mit solchen populistischen Kampagnen bedeutende Wahlerfolge erzielen können. Am Beispiel des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders kann das Ausmaß medienorientierter Kampagnen veranschaulicht werden. So inszenierte Wilders kürzlich eine Kampagne zur „Meldung illegaler Aktivitäten osteuropäischer Arbeitsmigranten“ durch Einrichtung eines Online-Portals. Viele Medien griffen unreflektiert diese Kampagne auf und Wilders hatte seine PR in internationalem Ausmaß. Dies erschien anderen Rechtsaußenparteien so attraktiv, dass die rassistische italienische Lega Nord und der extrem rechte belgische Vlaams Belang ankündigten, ähnliche Kampagnen gleichfalls durchführen zu wollen. Hier in NRW ist es die NPD, die aktuell eine vergleichbare Kampagne angekündigt hat, um mediale Aufmerksamkeit zu erzielen. PRO NRW probiert die gleiche Masche mit dem Thema Islam. Medien wie auch der Protest der demokratischen Zivilgesellschaft soll dabei nutzbar gemacht werden für die eigene öffentliche Aufmerksamkeit im Wahlkampf.

Aus diesem Grund wird oft die Frage aufgeworfen, ob Berichterstattung oder gar öffentlicher Protest gegen solche Kampagnen nicht lediglich deren Bekanntheitsgrad erhöhe und deshalb eine *demonstrative Ignoranz* gegenüber diesen Inszenierungen angemessener sei.

Folgende Gründe sprechen aus unserer Sicht dagegen:

- Viele Bürgerinnen und Bürger vor Ort wissen immer noch nicht, dass sich hinter der unscheinbaren Bezeichnung „Bürgerbewegung PRO NRW“ eine Partei der extremen Rechten versteckt.

- Ebenso ist häufig noch nicht bekannt, dass deren vermeintliche „Kritik am Islamismus“ nur ein Vehikel ist, um in rassistischer Stoßrichtung gegen unsere multikulturell verfasste Einwanderungsgesellschaft zu hetzen.
- Zudem ist es notwendig, vor Ort deutlich Solidarität mit den Opfern derartiger muslimfeindlicher Hetzkampagnen zu zeigen und deutlich zu machen, dass solche Formen von Diskriminierung auf entschiedenen Widerspruch in der Öffentlichkeit stoßen.

Deshalb ist es wichtig, über die *Hintergründe rechtspopulistischer Kampagnen* aufzuklären, anstatt lediglich die Botschaften der Rechtsaußenpartei aufzugreifen und unreflektiert weiter zu verbreiten. PRO NRW zielt mit dem provokativen Bedienen von Reizthemen darauf, sich im Kontext allgemein verbreiteter Muslimfeindlichkeit als „Stimme des Volkes“ zu inszenieren. Ein islamistisches Pendant der rechtspopulistischen Muslimfeinde hat jüngst beispielhaft aufgezeigt, wie mit verhältnismäßig geringem Werbeaufwand maximale mediale Reaktionen zu erzielen sind: Das salafistische Netzwerk um die Internetplattform *„Die Wahre Religion“* hat im April dieses Jahres mit ihrer völlig überzogenen Ankündigung von einer Koranverteilung „an jeden Bundesbürger“ viele Medien dazu bewegen können, ungeprüft diese Behauptung nachzudrucken. Somit erreichte diese islamistische und demokratiefeindliche Sekte eine mediale Verbreitung ihrer Propaganda jenseits aller Fakten. Einige Medien hingegen prüften vorab erst den realen Verbreitungsgrad der Koranexemplare sowie deren tatsächliche Druckauflage, lieferten zudem wichtige Hintergrundinformationen über die reale Ideologie und Organisationsstrukturen des salafistischen Islamismus und trugen damit zur Aufklärung über deren Ziele bei. Ein vergleichbares Vorgehen ist gegenüber rechtspopulistischen Agitationen vonnöten. Denn die rechtspopulistischen Muslimfeinde wollen mit ihren provokativen und diskriminierenden Kampagnen das Angstthema „Islam“ propagandistisch besetzen und in Wählerstimmen ummünzen. Dazu wollen sie eine mediale Verbreitung ihrer Botschaften durch „Protestkundgebungen“ erzwingen.

Folgende Maßnahmen können dagegen unternommen werden:

1. Aufklärung über das instrumentelle Verhältnis der Rechtspopulisten zur Auseinandersetzung mit dem Islamismus
2. Verdeutlichen, dass sich unter dem Gewand einer „Bürgerbewegung“ eine Partei der extremen Rechten versteckt
3. Den Rechtspopulisten keine politische Leerstelle zur Agitation überlassen

Zu 1: Das Schüren von Ängsten und Vorurteilen gegenüber „dem Islam“ steht im Zentrum rechtspopulistischer Agitation. „Bürgerproteste“ gegen Moscheebau und Minarette haben als Agitationsform einen besonderen Stellenwert in der Strategie dieses rechten Netzwerkes. Die rassistische Ausländer-raus-Parole wird dabei kulturalisierend verpackt als Kampfansage gegen die „Islamisierung unserer Gesellschaft“. Die Zuwanderung wird pauschalisierend verknüpft mit der Religion, dem Fundamentalismus und der politisch motivierten Gewalt. In solchen Feindbild-Konstruktionen zeigt sich die Stoßrichtung dieser populistischen Kampagnen: Rassismus als religiös verschleierter Kulturkampf. In einem Interview in der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ bekundete die PRO Köln-Funktionärin Judith Wolter das wahre Anliegen der Rechtsaußenpartei: „Dem Multikulturalismus vor Ort entgegenzutreten.“²⁷

Zu 2.: Mit dem geschickt gewählten Label PRO versucht diese Rechtsaußengruppierung, unter dem Deckmantel einer „Bürgerbewegung“, die sich scheinbar für bürgerschaftliche Belange einsetzt, in rechtspopulistischer Manier auf Stimmenfang zu gehen. Dieses Auftreten unter dem Deckmantel einer „Bürgerbewegung“ stellt eine subtile Methode dar, um von Rechtsaußen an Einfluss zu gewinnen. Die begriffliche Inanspruchnahme der Bürgerinitiativ-Bewegungen für den eigenen Zweck der Neuformierung als neue Rechtsaußen-Wahlgruppierung stellt eine perfide Spielform der politischen Mimikry dar: Demokratiefeindlichkeit inszeniert als bürgerschaftliche Mogelpackung. Markus Beisicht, Vorsitzender von PRO NRW, verdeutlichte gegenüber der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ offen den instrumentellen Charakter dieser Bezeichnung: Dort erläuterte er den strategischen Hintergrund der Parteigründung: „In den neunziger Jahren waren alle herkömmlichen rechtsbürgerlichen Parteien an einen toten Punkt gelangt. Es war klar, wir mussten etwas Neues erfinden: Statt einer bundesweiten Partei, haben wir mit Pro Köln den entgegengesetzten Ansatz gewählt: den einer kommunalen Bürgerbewegung.“ Angesichts der Mobilisierungsschwäche extrem rechter Parteien gerade in Westdeutschland erscheint ein solches Projekt interessant für jene, die sich um die Formierung einer neuen Kraft rechts von der Union bemühen. So fragt ein Redakteur der neurechten „Jungen Freiheit“ nach dem Zweck dieses PRO-Modells: „Pro Köln ist also keine Anti-Moscheebau-Bürgerinitiative, sondern ein rechtes Parteiprojekt, das nur in diesem Gewand daherkommt?“ Die Antwort des PRO-NRW-Vorsitzenden

²⁷ Deutsche Stimme Nr.1/2003

bestätigt dies: „So könnte man sagen. (...) Gerade in Großstädten kann man damit punkten! Wir haben die Marktlücke besetzt, und es ist uns der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten.“²⁸

Viele Protagonisten dieser Rechtsaußenpartei waren vorher bei den REPUBLIKANERN und der NPD aktiv (s. Kapitel 3) und belegen, dass es sich hierbei um eine Sammlungspartei der extremen Rechten handelt.

Zu 3: Integrationsprobleme und religiöser Fundamentalismus dürfen nicht den Rechtsaußenparteien zur Agitation überlassen bleiben. Sie müssen unter demokratischen und beteiligungsorientierten Prämissen mit der Zielsetzung diskutiert werden, wie in einer Gesellschaft friedlich, tolerant, gleichberechtigt, kulturell vielfältig miteinander umgegangen werden kann. Deshalb müssen Diskriminierung und Rassismus deutlich entgegengetreten. Es müssen demokratische Angebote zur öffentlichen Auseinandersetzung angeboten werden. Zugleich müssen anstelle von Kulturkampfparolen soziale integrationspolitische Fragen in den Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen gestellt werden. Der Landesintegrationsrat NRW und seine kommunalen Mitgliedsorganisationen stehen hierzu als Ansprechpartner zur Verfügung.

²⁸ „Wir sind die Stimme der Bürger“. Interview mit Markus. Beisicht. Junge Freiheit v. 16. September 2008

5. ANHANG

Für kulturelle Vielfalt und ein demokratisches Miteinander!

Appell zur kommunalpolitischen Vorbeugung gegen einen rassistischen Populismus

Wir dürfen nicht zulassen, dass im Wahlkampf Rassismus und Ausgrenzung über den Umweg von Kulturkampf-Parolen und der Instrumentalisierung von religiösen Fragen im kommunalpolitischen Alltag an Einfluss gewinnen.

Deshalb wollen wir Aktivitäten entfalten, die kommunales Engagement gegen die extreme Rechte mit dem Ausbau einer demokratischen und auf Vielfältigkeit orientierten Stadt- bzw. Gemeindelebens sowie einer auf Partizipation ausgerichteten Integrationspolitik verknüpfen. Dazu erachten wir die folgenden Punkte als wichtige Handlungsansätze.

Gemeinsam handeln!

Zehn Punkte gegen rassistischen Populismus

1. Verantwortung zeigen

In den Kommunen müssen Politik und Gesellschaft offensiv den Kampagnen der extremen Rechten entgegentreten. Hierzu gehört ein deutliches Bekenntnis kommunaler Einrichtungen und politischer Entscheidungsträger zum Engagement gegen jegliche rassistische Interventionen vor Ort. Im Alltag muss deutlich gemacht werden, dass Gleichgültigkeit gegenüber solchen Aktivitäten das Einfallstor für kommunale Verankerung von Rechtsaußen ist. Daher gilt es, jeglichen rassistischen Agitationsversuchen eine Absage zu erteilen.

2. Sachkenntnis herstellen

Zur Entwicklung einer wirksamen Handlungsstrategie gegen Rechts ist eine profunde Kenntnis der Strukturen, der propagandistischen Inhalte und der Akteure der extremen Rechten vor Ort und deren Netzwerken Voraussetzung. Über die organisatorische Struktur und die inhaltliche Ausrichtung extrem rechter Gruppierungen im kommunalen und regionalen Rahmen müssen aktuelle Informationen erstellt und aufbereitet werden.

3. Vorbeugung und Aufklärung betreiben

Zur vorbeugenden Unterbindung von rechtsextremer Ideologie müssen Aufklärung und pädagogische Maßnahmen dort eingesetzt werden, wo Kampagnen von Rechtsaußen Wirkung zu entfalten versuchen. Von zentraler Bedeutung sind hierbei sozialräumlich etablierte „Mittler“ zur Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechts und für ein demokratisches Zusammenleben - auch und gerade in problembelasteten Stadtteilen.

4. Engagement von unten stärken

Die Auseinandersetzung mit rassistischem Populismus kann nicht an die Politik delegiert werden. Gestaltungsspielräume des Rechtsextremismus nachhaltig einzulegen, wird in erster Linie durch die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geschaffen.

Eine Kommune, die offensiv und aktiv die demokratische Gemeindkultur stärken will, braucht ein breites und vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement unterschiedlicher Organisationen. Von Bedeutung ist die Kooperationen zwischen öffentlichen und kommunalen Einrichtungen mit Bürgerhäusern und Nachbarschaftsheimen, Volkshochschulen, Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Schulen, Jugendzentren, interkulturellen Begegnungsorten, Vereinen, antirassistischen und antifaschistisch orientierten Initiativen und Migrantenselbstorganisationen.

5. Bündnisse gegen Rassismus fördern

Zur nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus ist die entschiedene Positionierung gegen Rassismus nur die eine Seite der Medaille: Zugleich müssen kommunale Bündnisse für demokratische Vielfalt und Toleranz geschaffen werden, in denen auch Vertreter von Zuwanderer-Vereinigungen eine aktive Rolle spielen. Integrations- und Migrationsräte sowie unterschiedliche Selbstorganisationen von Zugewanderten spielen bei kulturellen, sozialen und bildungspolitischen Integrationsmaßnahmen eine große Rolle. Sie tragen dazu bei, interkulturelles

Alltagsleben erfahrbar zu machen. Ihren Potentialen muss öffentliche Anerkennung und gesellschaftliche Wertschätzung zukommen.

6. Demokratische und interkulturelle Identifikationsangebote schaffen

Zuwanderung muss im lokalen Geschehen als gesellschaftliche Normalität verständlich gemacht werden, die für kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar ist. Hilfreich hierzu kann die Formulierung eines kommunalen Leitbildes für ein multikulturelles Miteinander sein, über das zugleich Zielvorgaben zur Verbesserung und Institutionalisierung von Maßnahmen erarbeitet werden. Die Bereicherung eines lebendigen interkulturellen Miteinanders muss stärker öffentlich herausgestellt werden. Hierzu können innovative oder bewährte kommunale Beispiele gelungener Aktivitäten für interkulturellen Austausch öffentlich vorgestellt und zur Nachahmung empfohlen werden.

7. Integrationspolitik aktiv gestalten

Die kommunale Integrationspolitik ist von zentraler Bedeutung für das friedliche Zusammenleben in einer multiethnischen Kommune. Einer Politik, die Integration von Zugewanderten als Querschnittsaufgabe versteht, kommt eine herausragende Bedeutung in der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu. Eine nachhaltige Integrationspolitik ist ein zentrales Mittel zur Vorbeugung gegen rassistische Hetze. Hierzu sind verstärkte finanzielle und politische Anstrengungen vonnöten, um kommunale Handlungspotentiale stärken und die rechtlichen und sozialen Benachteiligungen zugewanderter Bevölkerungsteile beseitigen zu können.

8. Instrumentalisierung von Glaubensfragen unterbinden

Die Anerkennung des Rechts auf freie Religionsausübung ist ein Grundrecht in unserer säkular orientierten Gesellschaft. Zur Förderung eines respektvollen Miteinanders auf Augenhöhe gehört auch die gesellschaftliche Integration des Islams in Deutschland. Hierbei sind noch große Aufgaben zu bewältigen, die einen sachlichen Umgang mit den damit verbundenen Schwierigkeiten erfordern.

Deshalb ist jede Form politischer Instrumentalisierung von Glaubensfragen zu vermeiden. Anstelle der Überhöhung von religiösen Glaubensfragen sollten gemeinsame soziale und kulturelle Alltagsinteressen in unserer Einwanderungsgesellschaft in den Vordergrund gestellt werden.

9. Interkulturelle Konflikte und „Angst-Themen“ offensiv diskutieren

Eine Einflussmöglichkeit erhält die extreme Rechte dort, wo sie politische Leerstellen besetzen kann. Integrationspolitische Fragen und Probleme müssen deshalb offen unter demokratischen Vorzeichen mit dem Ziel erörtert werden, zu Lösungen für ein respektvolles interkulturelles Miteinander zu kommen. Hierzu gehören auch kritische Fragen zu Moscheebauvorhaben, zum politischen Fundamentalismus und zu Problemen im Zusammenleben verschiedener „Kulturen“ (die keine homogenen Blöcke sind). Bei der Auseinandersetzung mit integrationspolitischen Fragen ist das interkulturelle Klima in einer Kommune von entscheidender Bedeutung. Eine wirksame Auseinandersetzung mit rechtspopulistischer Instrumentalisierung interkultureller Konfliktthemen beinhaltet konstruktive Kritik an integrationspolitischen Fehlentwicklungen unter aktiver Einbeziehung von Interessensgruppen von Zugewanderten.

10. Kulturkampf-Parolen im Wahlkampf unterbinden

Dem Rassismus von Rechtsaußen im Wahlkampf muss eine Politik der Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt entgegengesetzt werden. Das beinhaltet auch einen kritischen Blick auf die politische Mitte. Jeglichen Wahlkampagnen auf dem Rücken von Zugewanderten ist daher eine deutliche Absage zu erteilen. Populistische Kulturkampf-Parolen verdecken reale Probleme und verstärken rassistische Ressentiments. Anstelle von religiös oder kulturell hergeleiteten Leitkultur-Parolen oder Anpassungsforderungen muss eine Orientierung auf soziale Integration und kulturelle Ausdifferenzierung gesetzt werden. Angesichts der vielfältigen sozialen und integrationspolitischen Anforderungen in Nordrhein-Westfalen ist eine Politik erforderlich, die sich den integrationspolitischen Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft unter der Prämisse eines gleichberechtigten und respektvollen Miteinanders offensiv stellt und jeglichem kulturalistischem Populismus eine Absage erteilt.

Der Appell ist initiiert von

Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen
Migrationsrat der Stadt Oberhausen
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf

Unterstützer des Appells

Integrationsrat der Stadt Köln
Beirat für Zuwanderung und Integration der Stadt Duisburg
Integrationsrat der Stadt Dormagen
Integrationsrat der Stadt Leverkusen
Integrationsrat der Kreisstadt Unna
Integrationsrat der Stadt Eschweiler
Integrationsrat der Stadt Siegen
Ausländerbeirat der Stadt Dortmund
Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie der Stadt Dortmund
Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz
Gewalt Akademie Villigst
Düsseldorfer Appell / Respekt und Mut
Rat der Stadt Köln
DGB Region Köln
Verein EL-DE Haus, Köln
Jugendclub Courage Köln
Gedenkhalle und Bunkermuseum Stadt Oberhausen

LITERATUREMPFEHLUNGEN

Alexander Häusler (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden, S. 88-93

Alexander Häusler / Hans-Peter Killguss (Hrsg.) (2008): Feindbild Islam. Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen. Dokumentation zur Fachtagung vom 13. September 2008, Beiträge und Materialien der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, Köln

Alexander Häusler (2010): Rechtspopulismus in Gestalt einer Bürgerbewegung, Essen, Download:

http://www.laga-nrw.de/data/expertise_rechtspopulismus_2010.pdf

Patrick Fels, Hans-Peter Killguss und Hendrik Puls (Hg.) „Moscheebaukonflikte und ihre Instrumentalisierung durch die extreme Rechte“ Beiträge und Materialien 5 der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-DOK der Stadt Köln, Köln 2012

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen: Berichte von unterwegs, Münster 2012, online unter: <http://www.mobim.info/>

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster: Eine „deutsche Rechte ohne Antisemitismus“? Kritische Betrachtung einer deutsch-israelischen Konferenz in Gelsenkirchen und der damit verbundenen Strategie von Pro NRW (2011):

<http://www.mobim.info/wordpress/wp-content/uploads/2011/04/mobim-analysen-05-2011.pdf>

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster: „Abendland in Christenhand“ - Rechtspopulistische „Islamkritik“: Pro NRW und die Anti-Minarettkonferenz in Gelsenkirchen (2010):

http://www.mobim.info/wordpress/wp-content/uploads/2010/03/mobim-analysen_03-2010.pdf